Freitag, 27. März 2020, 09:04 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Die Kollateralschäden

Sind die sozialen Folgen der Corona-Krise womöglich schlimmer als das Virus selbst?

von Tilo Gräser
Foto: FotoDuets/Shutterstock.com

Mit deutlichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens versuchen Regierungen zu verhindern, dass sich das neue Corona-Virus schnell weiter ausbreitet. Das reicht vom deutschen Kontaktverbot bis zu

drastischen Ausgangssperren in anderen Ländern. Neben der mutmaßlich hohen Akzeptanz dafür gibt es zunehmend Warnungen vor den Folgen.

Die Corona-Krise verunsichert viele Menschen. Dafür sorgt nicht nur der neue Corona-Virus Sars-Cov-2 und die von ihm ausgelöste Krankheit Covid-19. Dafür sorgen ebenso die Maßnahmen der sozialen Distanz, des „Social Distancing". Damit soll die Ausbreitung des Virus gebremst werden. Dem dienen politische verordnete Maßnahmen, wie hierzulande Versammlungs- und Kontaktverbote. Anderswo werden schärfere Ausgangssperren durchgesetzt.

Nur selten wird nach Kosten und Nutzen der Maßnahmen gefragt. Die medizinischen und wirtschaftlichen Folgen werden breit diskutiert. Dagegen spielen die sozialen Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen nur eine geringe Rolle. Wohlmeinende Aufrufe, die unterbrochenen realen sozialen Kontakte digital zu pflegen, werden vermutlich nur wenig helfen.

Die sozialen Folgen haben aber nicht nur in der Bundesrepublik eine nicht zu missachtende Dimension. „Weltweit sind etwa eine Milliarde Menschen gezwungen, zuhause zu bleiben, ein noch nie da gewesenes Sozialexperiment mit offenem Ausgang", stellte ein **Beitrag** (https://www.heise.de/tp/features/Soziale-Folgen-des-Social-Distancing-4687769.html) zum Thema im Online-Magazin „Telepolis" vom 23. März fest. Autor Bulgan Molor-Erdene meint, das Social bzw. Physical Distancing stelle viele vor schwere Probleme.

Schwere Folgen für Ältere

Er verweist nicht nur auf das Problem der häuslichen Gewalt. Das hat sich in China gezeigt und wird inzwischen auch in der Bundesrepublik als Problem angesehen. „Eines der Risiken der häuslichen Isolation ist ein Anstieg der häuslichen Gewalt“, **sagte** (https://www.handelsblatt.com/politik/international/blog-corona-tagebuch-eine-persoenliche-lesung-am-telefon-stille-statt-jubeltaenze/25656900.html?ticket=ST-1035663-lgVFGpiM1lcy9TvsTMXS-ap1) Österreichs Frauenministerin Susanne Raab am 19. März.

„Es geht um physische und psychische Gewalt.“

Auch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) befürchtet eine Zunahme von häuslicher Gewalt, wie die Bundesregierung am Dienstag **mitteilte** (https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ausnahmesituation-fuer-familien-1734472).

Im „Telepolis“-Beitrag wird darauf aufmerksam gemacht, dass Sozialdienste ihre persönlichen Besuche bei Klienten und Bedürftigen einschränken. Familienministerin Giffey versprach, alles dafür zu tun, dass die sozialen Angebote weitgehend erhalten bleiben. Das müssen die Einrichtungen vor Ort und deren Mitarbeitenden unter erschwerten Bedingungen umsetzen. Wie die Hilfe für ihre wichtige Arbeit aussieht, wird sich zeigen.

Molor-Erdene lenkt den Blick auf ein weiteres Problem:

> ***„‘Social Distancing‘ hat auch schwere Folgen für alte Menschen, insbesondere für diejenigen, die alleine leben.“***

Nach **Angaben** (https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/4-1-

alleinstehende.html) des Statistischen Bundesamtes gehörten im Jahr 2018 zu den rund 16,9 Millionen Alleinlebenden in der Bundesrepublik 5,9 Millionen Menschen im Alter ab 65 Jahren.

Pflegebedürftige besonders betroffen

Besonders für Pflegebedürftige sind die gegenwärtigen Zeiten schwer zu ertragen. So sind etwa Möglichkeiten, Bewohner von Alten- und Pflegeheimen zu besuchen, deutlich **eingeschränkt** (https://www.biva.de/besuchseinschraenkungen-in-alten-und-pflegeheimen-wegen-corona/). Ausgangsmöglichkeiten der Bewohner sind ebenso eingeschränkt. Drastisch geht unter anderem **Brandenburg** (https://kkm.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/SARS-CoV-2-EindV2-1.pdf) vor: Dort dürfen die Betroffenen in Pflegeheimen und besonderen Wohnformen keinen Besuch empfangen. Die Ausnahme:

„*Schwerstkranke dürfen, insbesondere zur Sterbebegleitung, Besuch von Seelsorgern, Urkundspersonen sowie nach ärztlicher Genehmigung von ihnen nahestehenden Personen empfangen.*“

In der Bundesrepublik gibt es etwa **3,4 Millionen** (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2019/PD19_36_p002.html) Pflegebedürftige. Etwa 820.000 von ihnen werden in Pflegeheimen betreut. „Bei diesen kann die Ausgangssperre und auch das Besuchsverbot schwere gesundheitliche Folgen hervorrufen“, heißt es bei „Telepolis“. Der Autor zitiert aus dem Magazin „Science“, wo es in einem Beitrag vom 16. März **heißt** (https://www.sciencemag.org/news/2020/03/we-are-social-species-how-will-social-distancing-affect-us#):

„*Soziale Distanzierung verhindert Infektionen, aber sie kann*

unbeabsichtigte Folgen haben“.

Eine 2015 durchgeführte Analyse der Psychologin Julianne Holt-Lunstad von der Brigham Young University in den USA, habe ergeben, dass chronische soziale Isolation das Sterblichkeitsrisiko um 29 Prozent erhöhe.

Zugleich hatte die Wissenschaftlerin dem Magazin zufolge herausgefunden, dass Menschen jeden Alters anfällig sind für die negativen Auswirkungen sozialer Isolation und Einsamkeit. In einem Bericht, an dem Holt-Lunstad mitwirkte, sei festgestellt worden, dass ältere Menschen anfälliger seien. So könne bei ihnen der Verlust von Familie oder Freunden, chronische Krankheiten und sensorische Beeinträchtigungen wie Hörverlust, dazu führen, dass sie schlechter soziale Kontakte pflegen und sich austauschen können.

Folgen für Alleinerziehende und Familien

Die politischen Maßnahmen belasten ebenso die Alleinerziehenden besonders, warnt der „Telepolis“-Beitrag. Das **betrifft** (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2018/Alleinerziehende/pm-alleinerziehende.pdf?__blob=publicationFile) vor allem die rund 1,5 Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren. Laut Statistischem Bundesamt waren in Deutschland im Jahr 2018 rund 692.000 Alleinerziehende mit Kindern unter 13 Jahren erwerbstätig, die von den geschlossenen Kindergärten und Schulen **betroffen** (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_N012_122.html) sind. „Doch auch auf Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, können Betreuungsengpässe zukommen“, so die Statistiker am 17. März. Das träfe 3,5 Millionen

Paarfamilien mit Kindern unter 13 Jahren.

Der „Telepolis"-Beitrag verweist außerdem auf eine Studie der Universität Toronto zu den Auswirkungen der Quarantäne nach dem Ausbruch des Sars-Virus 2003. Die kanadischen Wissenschaftler **stellten** (https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3323345/) dabei fest, dass etwa ein Drittel der Befragten Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) und einer Depression zeigten. Die Betroffenen hätten es vor allem als belastend empfunden, wenn wichtige Informationen und Benachrichtigungen zur Lage nicht zuverlässig und zusammenhängend waren.

„Die Kenntnis und das Verständnis der Erfahrungen von Personen in Quarantäne sind entscheidend, um die Eindämmung von Infektionskrankheiten zu maximieren und die negativen Auswirkungen auf die in Quarantäne befindlichen Personen, ihre Familien und sozialen Netzwerke zu minimieren", wie die kanadischen Wissenschaftler bereits 2004 forderten.

Unzureichende Informationen für Bevölkerung

Diese und andere Erfahrungen aus Katastrophensituationen zu nutzen, fordert ebenso ein Text, den das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) am 20. März **veröffentlichte** (https://www.ufz.de/index.php?de=36336&webc_pm=15/2020). Nur wenige der offiziellen Erklärungen in der Corona-Krise würden „sich mit den zahlreichen praktischen und psychologischen Herausforderungen der Krisenbewältigung" beschäftigen, so der Autor und Ökonom Reimund Schwarze. Das gelte nicht nur für die Mitarbeiter des Gesundheitswesens, sondern gleichfalls für die Bevölkerung. Von den Quarantäne-Maßnahmen seien Tausende von

Menschen für eine unklare Zeitspanne betroffen — „ein bedeutendes gesellschaftliches Risiko“.

Schwarze verweist auf das Problem, ob und wie die Maßnahmen gerechtfertigt, legitimiert, sind. So hat die Rechtsprofessorin Andrea Edenharter am Mittwoch gegenüber der *Frankfurter Rundschau* die drastischen Schritte der Regierung als **„verfassungswidrig“** (https://www.fr.de/politik/ein-verfassungswidriger-eingriff-freiheitsrechte-13618487.html%20eingestuft). Der UFZ-Wissenschaftler macht klar, dass die Entscheider in solchen Fällen sich immer auf unsicherem Gebiet mit sich ständig veränderten Bedingungen bewegen. Aber bei den aktuellen Maßnahmen falle auf, „dass es zwischen Händewaschen, Isolierungsstrategien und der Entdeckung eines wirksamen Impfstoffs in den Bereichen der privaten und öffentlichen Versorgung kaum abgestufte Schutzmechanismen gibt“.

Der Ökonom bedauert, dass es anscheinend nur „wenig Raum für Lösungen im Graubereich“ gebe.

„*Solche Maßnahmen im Graubereich wie z.B. häusliche Quarantäne oder Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen, zeigen sich aber in Studien, zum Beispiel aus der Hochwasserforschung, effektiver und effizienter.*“

Dazu müssen sie auf den konkreten Zusammenhang zugeschnitten sein.

„*Wir kommen sicher auch mit ‚harten‘ Maßnahmen durch die Krise, aber ob diese die Auswirkungen und die Verluste minimieren, ist mit Blick auf die vorhandene Evidenz eher zweifelhaft.*“

Umfangreiche Perspektive notwendig

Schwarze betont, dass die sozialen und psychologischen Folgen der Krisen-Maßnahmen nicht unterschätzt werden dürfen. Die Maßnahmen würden sich auf die öffentliche Gesundheit auswirken:

„*Zu diesen Auswirkungen gehören der Druck und Stress auf die psychische und allgemeine Gesundheit der Menschen, die durch den Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen entstehen.*“

Pandemien wie die gegenwärtige dürften „nicht nur als eine medizinische Angelegenheit oder als ein Problem des Zivilschutzes behandelt werden“, fordert der UFZ-Wissenschaftler. Deshalb sollten seiner Meinung „nicht nur medizinische, virologische und epidemiologische Experten als wissenschaftliche Berater“ hinzugezogen werden. Ebenso sollten allgemeine Risikoforscher, Ökonomen, Forscher im Risikobereich, Praktiker und Akademiker einbezogen werden, „mit dem Auftrag, ihr Wissen und ihre analytischen Fähigkeiten bei der Suche nach Lösungen einzubringen“.

Schwarze geht noch weiter:

„*Neben Wissenschaftlern und Experten sollten auch Vertreter relevanter Teile der Gesellschaft, einschließlich Gewerkschaftsorganisationen, Vertreter von Schullehrern und Universitätsdekanen sowie die Wirtschaft in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Experten im traditionellen Sinn der Seuchenbekämpfung sind angesichts der systemischen Risiken nicht in der Lage, die Auswahlentscheidungen der Politik hinreichend mit Blick auf die ‚gute‘, d.h. die Auswirkungen und Verluste von gesellschaftlichen Risiken minimierende Bewältigung der Coronavirus-Krise zu informieren.*“

Warnung vor gesellschaftlicher

Desintegration

Auch der renommierte serbisch-US-amerikanische Ökonom Branko Milanovic **warnt** (https://www.foreignaffairs.com/articles/2020-03-19/real-pandemic-danger-social-collapse) in einem Beitrag im renommierten US-Magazin *Foreign Affairs* vor einem sozialen Zusammenbruch in Folge der Pandemie. Er beschäftigt sich zwar vorrangig mit den wirtschaftlichen Problemen der Corona-Krise. Milanovic stellt aber klar, dass die öffentliche Gesundheit ebenso gefährdet werde, „wenn Menschen Angst haben oder es ihnen wegen der Wahrscheinlichkeit, sich anzustecken, verboten wird, Restaurants oder öffentliche Veranstaltungen zu besuchen".

Er warnt, dass „der menschliche Tribut der Krankheit der wichtigste Kostenfaktor" sei und „zu einer gesellschaftlichen Desintegration führen könnte":

„Diejenigen, die hoffnungslos, arbeitslos und ohne Vermögen bleiben, könnten sich leicht gegen diejenigen wenden, denen es besser geht."

Wenn in Folge der Corona-Krise mehr Menschen noch weniger haben als vorher und ohne Arbeit blieben, würden Wut und Verzweiflung um sich greifen. Dann könnten „Szenen wie die jüngste Flucht von Gefangenen in Italien oder die Plünderungen nach dem Hurrikan Katrina in New Orleans im Jahr 2005 alltäglich werden", so Milanovic.

„Wenn die Regierungen darauf zurückgreifen müssen, paramilitärische oder militärische Kräfte einzusetzen, um z.B. Aufstände oder Angriffe auf Eigentum zu unterdrücken, könnten Gesellschaften beginnen, sich aufzulösen."

Der Ökonom fordert, auch durch Wirtschaftspolitik einen sozialen Zusammenbruch zu verhindern und soziale Bindungen zu stärken.

Isolationsstrategie mit Folgen

„Eine Gesellschaft sollte und wird immer abwägen zwischen den kurzfristigen Effekten einer Isolierungsstrategie und den ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen, die daraus insgesamt entstehen.“

Das meint der deutsche Ökonom Thomas Straubhaar in am 21. März **veröffentlichten** (https://www.capital.de/wirtschaft-politik/thomas-straubhaar-die-oeffentliche-meinung-wird-kippen) Interview mit dem Magazin *Capital*.

„Jetzt gibt es noch bei zwei Dritteln der Bevölkerung Zustimmung zum Vorgehen der Bundesregierung. Wird an sozialen Isolationsstrategien und Ausgehsperren festgehalten, werden wir Ende April bei 50:50 sein. Und danach wird die Diskussion kippen.“

Straubhaar hatte zuvor am 16. März in der Zeitung *Die Welt* auf die „sozioökonomischen Kosten einer Isolierungsstrategie für die gesamte Gesellschaft“ **hingewiesen** (https://www.welt.de/wirtschaft/article206586337/Coronavirus-Kontrollierte-Infizierung-ist-die-beste-Strategie.html), so „die zu erwartende Arbeitslosigkeit oder den Ausfall von Selbsthilfegruppen oder Vereinsabenden“. Er warnt, dass „der Kollaps des öffentlichen Lebens keine Sache von Wochen, sondern bestenfalls Monaten, wohl aber noch deutlich längerer Zeitläufe sein wird. Werden Schulen und Universitäten, Sportstadien und Fitnessstudios, Kinos und Theater nämlich auch nur einen Tag zu früh wieder für den Normalbetrieb freigegeben, werden alle vorherigen Anstrengungen beim Kampf gegen Ansteckung und Erkrankungen wiederum auf die Stunde null zurückgeworfen und alles würde wieder von vorne losgehen.“

Straubhaar meint, deshalb sei es „nicht Zynismus oder

Kaltherzigkeit, mindestens zu hinterfragen, ob nicht das Ziel der Minimierung von Leid und Todesfällen in einer Gesellschaft durch eine ganz andere und eben bessere Alternative als der Strategie des Zeitgewinnens erreichbar wäre“.

> ***Er spricht sich dafür aus, „alle Ressourcen darauf zu konzentrieren, jene Minderheit von Hochrisikogruppen zu schützen, deren Leben durch das Coronavirus bedroht wird — also nach heutigem Kenntnisstand die Älteren und Personen mit gewissen Vorerkrankungen“.***

Angriffe auf alternative Sichten

Das könne so geschehen:

„*Wer eine bestimmte Altersgrenze überschritten hat oder im Erkrankungsfall besonders an Leib und Leben gefährdet ist, darf Wohnung, Haus, Pflege- oder Altenheim nicht mehr ungeschützt verlassen.*“ *Und es „müsse sichergestellt werden, dass die Kapazitäten genügen, um alle Risikopersonen behandeln zu können, die sich trotz aller Vorsicht, Prävention und Vorsorge dennoch infizieren. Und selbstredend spricht alles dafür, so rasch wie irgendwie möglich Behandlungs- und Betreuungsangebote auszuweiten.*“

Zur heftigen Kritik an seinen Vorschlägen erklärte Straubhaar im *Capital*-Interview:

„*Ich habe mir nie angemaßt, ein medizinisches Urteil fällen zu können. Ich habe immer gesagt, dass ich mich auf den aktuellen Wissensstand der Virologen und Mediziner beziehe, die bisher davon ausgehen, dass die Folgen des Coronavirus für Ältere weit dramatischer sind als für Jüngere und dass Menschen mit Vorbelastungen durch andere Krankheiten besonders gefährdet sind. Ich sehe es allerdings als meine Pflicht als Ökonom, verschiedene*

medizinische Szenarien auf ihre kurz- und mittelfristigen Auswirkungen für Wirtschaft, Gesellschaft und damit auch für das Gesundheitssystem insgesamt hin zu untersuchen.“

Doch solche Stimmen, die auf Alternativen aufmerksam machen, haben es nicht nur hierzulande schwer. Wer den Kurs der Regierung und ihrer wissenschaftlichen Berater anzweifelt oder in Frage stellt, wird auch in anderen Ländern angegriffen und ins öffentliche Abseits gestellt. Das hat der israelische Wissenschaftler Yoram Lass erlebt. Er war früher Generaldirektor des Gesundheitsministeriums Israels und Mitglied des Parlaments, der Knesset. Er wurde seit Beginn des Coronavirus-Ausbruchs regelmäßig von den israelischen Medien interviewt. Weil er dabei eine Meinung im Gegensatz zu den Unkenrufen und der tiefen Besorgnis der meisten Mediziner vertrat, wurde er zunehmend zur ungefragten Person in etablierten Medien.

„Regierungen können Viren nicht stoppen“

In einem Interview mit dem israelischen Magazin *Globes*, **veröffentlicht** (https://en.globes.co.il/en/article-lockdown-lunacy-1001322696) am 22. März, meint Lass mit Blick auf die ähnlichen Vorgänge bei der Schweinegrippe 2009:

> ***„Das Coronavirus dagegen ist ein Virus mit Öffentlichkeitsarbeit.“***

Er wendet sich gegen Panikmache mit Hilfe von Zahlen, der mutmaßlich durch Covid-19 Gestorbenen.

„Wer glaubt, dass die Regierung Viren beendet, liegt völlig falsch“, so der Gesundheitsexperte.

„Das Virus, das niemand stoppen kann, verbreitet sich in der gesamten Bevölkerung, und dann wird die Bevölkerung, nicht die Gefährdeten, dem Virus ausgesetzt, und gleichzeitig bildet der Körper Antikörper, um die Krankheit abzuschalten und zu verhindern.“

Nur so werde die Infektionskette unterbrochen und das Virus gestoppt, so die Ansicht von Lass.

Es sei unmöglich, „ein Virus durch einen Regierungsbeschluss zu stoppen“. Lass zweifelt an den offiziellen Meldungen aus China, wonach das Virus Sars-Cov-2 durch die harten Maßnahmen eines „Lockdown“ gestoppt wurden und es keine Infizierten mehr gebe. Das Virus bewege sich auch dort weiter unter den Menschen, weshalb es weiter Erkrankte und auch Tote geben müsse. Doch darüber werde nicht diskutiert, kritisiert der Gesundheitsexperte aus Israel.

Stimmungsmache wie vor Kriegen?

Auch Lass ist der Auffassung, dass der neue Corona-Virus nicht gefährlicher ist als die regelmäßigen Influenza-Ausbrüche. Ebenso widerspricht er einem undifferenzierten Vergleich mit der Lage in Italien, ohne die anderen Voraussetzungen dort zu beachten. Er bedauert, dass bei der Grippe kaum noch jemand reagiere, aber jetzt seien alle „monströs hysterisch“ geworden. Mit solchen psychologischen Prozessen, der geschürten Angst vor einer unheimlichen Gefahr, seien in der Vergangenheit faschistische Regime an die Macht gekommen, warnt er.

Zugleich erinnert der Gesundheitsexperte, dass auf diese Weise auch Kriege vorbereitet worden seien: Es gebe keinen Platz für eine andere Meinung.

„Das Leben für alle wird zerstört, aber aufgrund der Angst, die jeder hat, schließen sich alle einer Meinung an.“

Es sei ein „Orwellscher Prozess“:

„Ein Volk, eine Flagge, eine Angst. Heute schwenken alle hysterischen Menschen die italienische Flagge. Sie sind nicht bereit, auf die Zahlen zu hören.“

Redaktionelle Anmerkung: Der Artikel erschien zuerst auf **SputnikNews** (https://de.sputniknews.com/politik/20200326326703222-soziale-folgen-corona-krise/).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Tilo Gräser, Jahrgang 1965, ist Diplom-Journalist. Er hat als Korrespondent für RIA Novosti Deutschland/Sputniknews gearbeitet und war bereits für verschiedene Medien und als Pressesprecher tätig. Seine Schwerpunkte sind Politik, Soziales und Geschichte.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.